

Hard Asset- Makro- 28/15

Woche vom 06.07.2015 bis 10.07.2015

Strafrecht und Social Media statt Markt

Von Mag. Christian Vartian

am 12.07.2015

China griff zur Stabilisierung des Kurssturzes seiner Aktienindizes zu Verkaufsverboten für Aktionäre mit mehr als 5%, zu Strafrechtsandrohung bei Leerverkauf und griff wohl zusätzlich noch selbst massiv in die Märkte ein.

Die Summe der Maßnahmen gelang, hier der Shanghai Composite:



Beim Dauerthema Griechenland führte nun offenbar Frankreich der Griechischen Regierung die Hand bei einem neuen Hilfsgesuch, um prompt darauf des Selbstmitgeschriebene per Social Media zu preisen:



Die Aktienmärkte weltweit, die der EUR- Zone voran egalisierten daraufhin mit einem Kursfeuerwerk ihre Verluste der letzten Wochen.

Das kleine Detail, dass die Griechische Regierung nun mehr Konzessionen macht, als sie selbst vor/ am 30.06.15 zu machen ablehnte, stört dabei den Griechischen Regierungschef nicht, das entgegengesetzte Ergebnis der von ihm selbst betriebenen Volksabstimmung offenbar auch nicht.

Schwerer Feuerschutz für Frankreich kommt vom engsten Verbündeten (Auftraggeber?) USA, die Deutsche Regierung gerät angesichts ihres Austeritätsdiktates unter mediales Feuer. Der sich im Erholungsurlaub befindende Ex- Finanzminister Varoufakis mit dem Australischen Pass liefert prompt die einzige logische Erklärung für das scheinbare Paradoxon: Der Deutsche Finanzminister habe seit Monaten nur ein Beispiel ANHAND von Griechenland statuieren wollen, um Frankreich zu warnen, was ihm denn geschehen könne, sollte es glauben, von der Disziplin abweichen zu können (gar sich erdreisten könnte, den Front National zu wählen?, Dieser sich erdreisten könnte- falls gewählt- nicht den Spardiktaten zu folgen?). Etwas gewagt, wie alles von Varoufakis, aber wenigstens erklärend.

Unser Standpunkt dazu ist bekannt (siehe HAM 26/15):

Sympathisch, richtig und leitungsbezogen am Deutschen Standpunkt ist: Der Schuldner darf nicht auf Kosten des Nettozahlers Vorteile erhalten. Nur die Therapie ist falsch, es nutzt nämlich nichts, wenn der Schuldner verhungert. Nützen würde es etwas, wenn man ganz fair und leistungsorientiert Griechenland EZB Geld gibt und Deutschland, dass Forderungen hat, 40 Mal so viel EZB Geld gibt. Die Relation bliebe gewahrt, Gemeinden, Städte, Länder... der BRD würden eben ganz entschuldet werden.

Falls die Deutsche Regierung sich unserem Standpunkt nicht anschließt, wird das entweder auf eine weitere Umverteilung Deutschen Volksvermögens ins Ausland hinauslaufen (weil GR Geld erhält, aber eben Bremen; Berlin...nicht) oder es führt zum DEXIT (mit ein paar kleinen Satelliten, Finnen und Balten haben ja gerade aufgezeigt).

Als am Wohle des Deutschen, Österreichischen...Volkes Interessierter sträuben sich mir angesichts der entgehenden Chance des Schuldenschnitts auch für die Nettozahler zwar die Haare, aber wenn Austeritätssucht gewinnen sollte, dann liegt eben ein Bruch in der Deutschen Wirtschaftsgeschichte vor. Die Deutsche Wirtschaftsgeschichte war immer inflationär, nicht nur unter Hjalmar Schacht, selbstverständlich auch mit der DEM der BRD alt. Das ist für ein Industrieland auch normal und richtig, es braucht ja Expansion. Die Wiedervereinigung wurde gedruckt von der Bundesbank, insbesondere der Kurs 2:1 etc. Schlimm am heutigen Zustand ist vor allem, dass die Austeritätstheoretiker weder die inexistente Inflation zur Kenntnis nehmen, noch vor der eigenen Heimat Halt machen, denn was in Deutschen Ländern und Gemeinden kaputtgespart wird, ist unerträglich geworden.

Die Märkte selbst zeigten völlig chaotische Korrelationen bzw. die Abwesenheit solcher, dies ist wohl auf den akut (gewesenen?) Chinesischen Geldmangel zurückzuführen, Chinesische Investments stecken ja auch Im DAX, SMI, Anleihemärkten, Devisenmärkten usw. Insbesondere der USD, der an einem Tag der Aktienerholung mit diesen und Gold sozusagen als Risk On Asset stieg, am nächsten alleine fiel, zeigt, dass Rückschlüsse nicht möglich sind, bevor sich das Chaos gelichtet hat. Die Bondmärkte zeigen weitere Verwundbarkeit, das ist zumindest bestätigt. Die Britische Regierung hat ein Budget vorgelegt, welche die bevorzugte Besteuerung reicher Ausländer mit Minderzeitwohnsitz im Vereinigten Königreich angreift. Genau diese Zielgruppe ist die Hauptstütze des völlig überteuerten Londoner Immobilienmarktes. Massaker geplant?

Wohnimmobilien sind ein Hauptkonkurrent von Gold, uns kann es Recht sein...

Den Autor kann man unter vartian.hardasset@gmail.com erreichen.

Das hier Geschriebene ist keinerlei Veranlagungsempfehlung und es wird jede Haftung für daraus abgeleitete Handlungen des Lesers ausgeschlossen. Es dient der ausschließlichen Information des Lesers.